

Universelle Werte als Grundlage einer verantwortungsvollen Integrations- und Sozialpolitik

Aygül Özkan

Jede Gesellschaft muss sich auf gemeinsame Werte verständigen. Nur wenn es klar definierte, von allen getragene Grundsätze gibt, wissen ihre Mitglieder, was sie voneinander erwarten können. Und nur dann haben sie die Chance, ihre Differenzen gewaltlos beizulegen.

Unsere modernen Überzeugungen von politischer Theorie und politischer Herrschaft gehen in ihren Grundzügen auf das Gedankengut der Aufklärung¹ zurück. Das gilt für die Idee der Menschenrechte sowie für das Prinzip der Gewaltenteilung. John Locke (1632 – 1704) war wegweisend, als er in seinem so genannten Toleranzbrief von 1689 forderte: „Keine Privatperson hat in irgendeiner Weise das Recht, eine andere Person im Genuß ihrer bürgerlichen Rechte zu benachteiligen, weil diese zu einer anderen Kirche oder Religion gehört.“² Dieser Gedanke hat, wie die zuvor genannten Prinzipien, Eingang in unser Grundgesetz gefunden – und damit bis heute nichts von seiner Gültigkeit verloren. Auf internationaler Ebene sind diese Werte im Sinne von Grundrechten in die *Charta der Vereinten Nationen*³ eingeflossen. Sie basiert auf der Idee von angeborenen, unveräußerlichen Rechten des Individuums, die über Grenzen und Konfessionen hinweg – also universell – Gültigkeit haben. Die Präambel bekräftigt den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen und fordert unter anderem von allen Unterzeichnern, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fordern.

Wie diese Werte in praktische Politik umgesetzt werden können, soll in diesem Aufsatz betrachtet werden.

Zu unseren Werten gehört das Selbstverständnis als *sozialer* Staat, das sowohl im Grundgesetz⁴, als auch in der *Niedersächsischen Verfassung*⁵ explizit niedergeschrieben ist. Es ist die Aufgabe der-

jenigen, die politische Verantwortung tragen, den Willen des Gesetzgebers in praktische Politik umzusetzen.

Gerade wenn man sich auf die Ideale der Aufklärung beruft, deren Selbstverständnis sehr präzise in dem berühmten Satz von Kant vom „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ zusammengefasst ist, kann sich soziale Gerechtigkeit meines Erachtens nicht im Verteilen von Sozialleistungen erschöpfen.⁶ Grundlage einer verantwortungsvollen Politik im Sinne der Werte der Aufklärung ist ein Menschenbild, das dem Einzelnen das Recht, aber auch die Pflicht zuweist, zunächst einmal aus eigener Kraft sein Leben zu führen und zu bestreiten. Wenn ihm dies aufgrund einer sozialen Notlage nicht möglich ist – und andere Unterstützungsmöglichkeiten ausscheiden – kann und muss der Staat einspringen, jedoch mit der Intention, den Einzelnen nach Möglichkeit wieder in die Lage zu versetzen, seine Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln.⁷

In die politische Diskussion hat dieser Gedanke Eingang unter dem Stichwort „aktivierender Staat“ oder „aktivierender Wohlfahrtsstaat“ gefunden. Im Zentrum steht die Idee der Hilfe zur Selbsthilfe oder – wie die berühmte Formel lautet – des Förderns und Forderns.

Die deutschen katholischen Bischöfe haben diesbezüglich bereits 2003 in ihrer Schrift *Das Soziale neu denken*⁸ betont: „Der Sozialstaat kann nicht ‚alles selber machen‘. Sozialpolitik muss dem Einzelnen und den gesellschaftlichen Kräften mehr Raum geben. Dazu wird die Grenze zwischen einem solidarisch abgesicherten klaren Gewährleistungsrahmen für alle und dem Bereich der Eigenverantwortung neu zu ziehen sein.“⁹

Soziale Gerechtigkeit in einem weiteren Sinne muss auch Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit heißen. Damit korrespondiert eine kürzlich von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichte infas-Umfrage¹⁰ zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Am wichtigsten ist danach den befragten Bürgerinnen und Bürgern, dass alle Menschen die gleichen Bildungschancen haben.

Auch im *CDU Grundsatzprogramm* von 2007 taucht der Begriff der „Chancengesellschaft“ auf. Die CDU verknüpft in diesem Kontext ebenfalls die Ideen der sozialen Sicherheit und der guten Ausbildung

miteinander.¹¹ Man kann daher Bildung, „lebenslanges Lernen“, als zentrales Element einer verantwortungsvollen Sozialpolitik begreifen.

Das skizzierte Austarieren zwischen Eigenverantwortung einerseits und Solidarität andererseits bildet den Kern der sozialen Marktwirtschaft. Der Theologe und ehemalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche, Manfred Kock, hat zu Recht bereits 1999 in einem Vortrag erklärt: „Die Eigenverantwortung ist nicht das feindliche (antinomische) Gegenprinzip zu dem, was wir Solidarität nennen. Die Zusammengehörigkeit von Solidarität und Subsidiarität begründen die Gemeinsamkeit der Verantwortung in Wirtschaft und Gesellschaft, damit die anstehenden Probleme gelöst werden.“¹²

Dies gilt in besonderem Maße angesichts der demographischen Entwicklung, die unsere Sozialversicherungssysteme vor neue Herausforderungen stellt. Nach einer aktuellen Statistik der OECD¹³ kommen in Deutschland bereits heute nur drei Menschen im erwerbsfähigen Alter auf einen Rentner. Wir werden weniger, wir werden älter und wir werden bunter. Dieser Entwicklung müssen wir in der Sozial-, aber auch in der Integrationspolitik Rechnung tragen.

Toleranz im Sinne von Akzeptanz sowie Teilhabe im Sinne von gesellschaftlicher Beteiligung sind hierfür unabdingbar. Exemplarisch dafür steht unter anderem die Aus- und Weiterbildung von Imamen in Niedersachsen. Gerade in der Diasporasituation haben sich Moscheen als Treffpunkte für gläubige Muslime etabliert. Die dort tätigen Imame leiten nicht nur das Gebet, sondern spenden auch Rat, zum Beispiel in sozialen Fragen. Sie sind Brückenbauer zur Mehrheitsgesellschaft. Bisher war es üblich, dass die Mehrzahl der in Deutschland tätigen Imame aus der Türkei für einige Jahre nach Deutschland entsandt wurden. Das führte dazu, dass sie oft nur unzureichend mit der deutschen Sprache und mit dem deutschen Gesellschaftssystem vertraut waren. Deshalb sind wir in Niedersachsen bestrebt, die Weiterbildung und – in absehbarer Zeit – die Ausbildung von Imamen zu organisieren.

Am 11. Oktober 2010 hat an der Universität Osnabrück ein Weiterbildungsangebot für in Deutschland tätige Imame und für religiöses „Betreuungspersonal“ aus den Moscheegemeinden begonnen. Die große Nachfrage, die das Angebot an Plätzen bei weitem überstieg, hat uns gezeigt, wie wichtig ein solches Programm ist. Besonders

froh bin ich darüber, dass unter den dreißig Studierenden auch vier Frauen sind. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt, eine Weiterbildungsmaßnahme erstreckt sich über zwei Semester.

Langfristig besteht darüber hinaus das Ziel, einen Studiengang zur Ausbildung von Imamen einzurichten. Zur Vorbereitung hat sich im Februar 2011 eine Arbeitsgruppe „Islamische Studien“ konstituiert. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass junge Muslime ab 2012 die Möglichkeit haben, islamische Theologie in Niedersachsen zu studieren. Dies ist ein wichtiges Signal an die Menschen muslimischen Glaubens, die bei uns leben und unser Land mit gestalten.

Der Bundespräsident hat in seiner wegweisenden Rede zum Tag der Deutschen Einheit darauf hingewiesen, dass – fünfzig Jahre nach Anwerbung der ersten so genannten Gastarbeiter aus der Türkei – auch der Islam zu Deutschland gehört. Der Islam hat nicht unsere Kultur in Deutschland geprägt. Wir haben eine christlich-abendländisch geprägte Kultur, und die überragende Bedeutung dieser Kultur wird auch in Zukunft bleiben. Aber die fast vier Millionen Menschen muslimischen Glaubens, die in Deutschland leben und ganz überwiegend gut integriert sind, sind mittlerweile auch Teil unseres Landes. Wichtig ist, dass jeder, der in Deutschland lebt, sich auch mit unserem Land identifiziert. Dennoch wird es Vielfalt geben. Und von dieser Vielfalt werden wir alle profitieren. Versöhnende Vielfalt ist immer besser als ausgrenzende Einfalt.

Niemand soll sich bei uns zum Beispiel aufgrund seiner Religionszugehörigkeit ausgeschlossen fühlen. Damit schließt sich der Kreis zu den eingangs geschilderten Ideen religiöser Toleranz insgesamt sowie Toleranz im Verhältnis zu den Weltreligionen¹⁴ andererseits, wie sie in der Aufklärung propagiert wurden. Darüber hinaus sprechen aber auch ganz praktische Werte für eine solche Imamausbildung, weil die so geschulten Imame zu Schlüsselfiguren der Integration werden können.

Karl Popper, der große Verfechter einer offenen Gesellschaft, hat einmal formuliert: „Unsere Einstellung gegenüber der Zukunft muss sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.“ Daraus erwächst der Auftrag, nachhaltig und verantwortungsbewusst – auf der Basis unserer universellen Werte – Entscheidungen zu treffen, die auch für kommende Generationen politischen

Handlungsspielraum gewährleisten. Das gilt für alle Politikfelder, aber besonders für die Sozial- und Integrationspolitik. Zwar sind die Herausforderungen durch den demographischen Wandel gerade im Bereich der Sozialpolitik hoch, dennoch muss bei jeder Entscheidung geprüft werden, ob diese auch finanziell verantwortbar ist. Weitere Schulden etwa gehen zu Lasten künftiger Generationen. Welche Dimensionen der Sozialhaushalt schon jetzt ausmacht, wird deutlich, wenn man sich zum Beispiel bewusst macht, dass im Jahr 2010 Sozialausgaben rund 55 Prozent der staatlichen Ausgaben ausmachten.¹⁵

Wenn wir über politische Werte sprechen, muss auch die Frage diskutiert werden, ob in einer international verflochtenen Weltordnung nicht auch das Wertegerüst grenzübergreifend, also universell im eigentlichen Sinn des Wortes, sein und bleiben muss. „Es steht außer Zweifel, dass die Regierbarkeit der Welt, insbesondere in dieser Zeit der Globalisierung, vor allem eine globale Ethik erfordert, in der zumindest alle Bürger [...], mit der Gleichheit aller vor dem Gesetz einverstanden sind. Und sie erfordert eine Akzeptanz, dass eine demokratische Verantwortung nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber den anderen besteht [...]“¹⁶ Diese Akzeptanz ist nicht selbstverständlich, sondern muss immer wieder neu errungen werden. Das Bewusstsein universeller Werte dient dabei als verlässlicher Kompass, nicht nur in der Abgrenzung gegenüber Fundamentalismus einerseits und schrankenlosem Pluralismus andererseits.¹⁷

Wir haben in der jüngeren Geschichte erleben müssen, zu welchen „Akten der Barbarei“ es führen kann, wenn dieser Kompass verloren geht.¹⁸ Damit dies nie wieder geschieht, dürfen die universellen Werte nicht nur in „Sonntagsreden“ beschworen werden, sondern müssen auch verinnerlicht und gelebt werden. Hier sind neben den politisch Verantwortlichen auch und gerade die Bürgerinnen und Bürger gefordert. In diesem Sinne bildet zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement in seinen unterschiedlichen Ausprägungen eine wesentliche Grundlage einer humanen, wertorientierten Gesellschaft. Professor Michael Hüther, der Direktor des Institutes der deutschen Wirtschaft in Köln, hat in einem Vortrag diesbezüglich zu Recht festgestellt: „Jeder Bürger ist immer sowohl in seiner Privatheit zuhause wie in den öffentlichen Raum eingebunden. Dadurch wird die in einer engeren ordnungspolitischen Sichtweise vor allem betonte Selbstverantwortung um die Mitverantwortung für das Gemeinsame erwei-

tert.“¹⁹ Vor diesem Hintergrund fördert die Niedersächsische Landesregierung das zivilgesellschaftliche Engagement in besonderem Maße.

Die Diskussion über Werte hat in den letzten Jahren an Intensität zugenommen. Prominente wie der Publizist Peter Hahne beklagen eine „Spaßgesellschaft“. Es scheint, als würde diese Debatte vor allem in negativer Hinsicht geführt, sei es, um eine Relativierung traditioneller Werte zu beklagen, sei es, um eine Abgrenzung gegenüber fremden Werten vorzunehmen.

Mir liegt in diesem Zusammenhang am Herzen, gerade das Verbindende zu betonen. Wenn es darum geht, unser Wertesystem neu auszutarieren, müssen wir vor allem das sehen, was uns gemeinsam ist – das Streben nach Werten mit universeller Geltung – nach Frieden, nach Freiheit, nach sozialem Fortschritt und Gleichberechtigung. Oder, um mit Altbundespräsident Roman Herzog zu sprechen: „Es kann nicht darum gehen, dass sich die verschiedenen Kulturen und Religionen der Welt in ihren Grundüberzeugungen relativieren, etwa zugunsten einer künstlichen, oberflächlichen Einheitsphilosophie. Aber es kommt darauf an, im Konsens nach den Grundlagen für ein partnerschaftliches Verhalten der Menschen wie der Nationen, d. h. nach der ethischen Grundorientierung für verantwortete Weltpolitik und Weltwirtschaft zu suchen.“²⁰

- 1| *Dies gilt auch dann, wenn Gedanken und Ideen nicht im eigentlichen Sinne neu „erfunden“ wurden, sondern es sich um Theorien, zum Beispiel aus der Antike, handelt, die jedoch Neubewertet oder weiterentwickelt wurden.*
- 2| *John Locke, Ein Brief über Toleranz. Übersetzt, eingeleitet und in Anmerkungen erläutert von Julius Ebbinghaus, Hamburg 1957, S. 29.*
- 3| *Quelle: Bundesgesetzblatt 1973 II. Tag der Ausgabe: Bonn, den 9. Juni 1973, S. 505-531.*
- 4| *Artikel 20.*
- 5| *„Das Land Niedersachsen ist ein freiheitlicher, republikanischer, demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteter Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland und Teil der Europäischen Völkergemeinschaft.“ Niedersächsische Verfassung vom 19. Mai 1993, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2009, Artikel 1 (2).*
- 6| *„Ein kluger Sozialstaat muss genau prüfen, ob er ein Hilfsangebot als Bring- oder als Holschuld definiert.“ Felix Berth: „Der eine holt, der andere nicht. Die Erfahrung mit dem Bildungspaket lehrt: Der Sozialstaat darf seine Bürger nicht alleine lassen.“ Süddeutsche Zeitung, 21. April 2011.*

- 7] Vgl. dazu auch: Dorothea Siems, *Der Sozialstaat deformiert die Gesellschaft*, „Die Welt“, 10. Februar 2010. Siems stellt fest: „Der Sozialstaat und nicht die Marktwirtschaft hat die Gesellschaft gespalten: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die immer schneller und immer härter arbeiten, um trotz wachsender Steuer- und Sozialabgaben den Laden am Laufen zu halten, auf der anderen Seite finden sich immer mehr Menschen, die sich mit ihren Bedürfnissen an den Staat wenden und ihn verantwortlich machen für alles, was schiefläuft im Leben.“
- 8] Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, *Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik* (Die Deutschen Bischöfe 28), herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2003.
- 9] A. a. O., S. 17.
- 10] „Repräsentative Bevölkerungsbefragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, durchgeführt von infas – das Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH – im Zeitraum vom 2. bis 27. März 2011.
- 11] „Unser Leitbild für Deutschland ist die Chancengesellschaft, in der die Bürger frei und sicher leben. Sie steht für Respekt vor Leistung und Erfolg. Und wir wollen die soziale Verankerung in der gesellschaftlichen Mitte auch für jene, die bisher davon ausgeschlossen sind. Die Schlüssel für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt liegen insbesondere in gleichen Bildungschancen und lebenslangem Lernen.“ „Freiheit und Sicherheit, Grundsätze für Deutschland“, Beschluss des 21. Parteitages der CDU Deutschlands vom 03. Dezember 2007 in Hannover, S. 3.
- 12] Manfred Kock, *Zwischen Eigenverantwortung und Versorgungsmentalität – Christliche Verantwortung für Wirtschaft und Gemeinwesen im 21. Jahrhundert*, 18. März 1999, Börsensaal zu Köln, vor dem Arbeitgeberverband Metall, S. 5.
- 13] *Gesellschaft auf einen Blick 2011: Deutschland*.
- 14] Stellvertretend sei hier Gotthold Ephraim Lessings berühmtes Theaterstück „Nathan der Weise“ genannt.
- 15] 55,5 %. Statistisches Bundesamt, *Statistisches Taschenbuch 2010, Internationale Übersichten*, A.23.1 Einnahmen und Ausgaben des Staates.
- 16] Guillermo León Escobar Herrán, *Ethisches Regieren. Über den Einfluss von Wissen und ethischen Werte(n) auf politische Entscheidungsprozesse*, in: *Werte schaffen. Vom Zweck der Politik in Zeiten der Globalisierung*, Jelenic, Josip S. J./Vogel Bernhard (Hrsg.) Freiburg 2007, S. 114.
- 17] Vgl. dazu auch: *Wie viel Pluralismus verträgt der Mensch? Zu den komunitären Herausforderungen des Liberalismus*, Karl Graf Ballestrem, in: *Die Politische Meinung* 409, 2003, S. 37-46. Ballestrem fragt: „Wenn es immer weniger gemeinsame Wertvorstellungen gibt, die als Grundwerte und Grundrechte in die Verfassung eingehen, woher soll dann das rechtsstaatliche Fundament demokratischer Politik kommen? (A.a.O., S. 46).
- „Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, dass einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt.“: *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, Präambel, Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948, zitiert nach: www.ohchr.org, United Nations Human Rights, Office of the High Commissioner for Human Rights, German.

- 18| *Festvortrag Prof. Dr. Michael Hüther, Festakademie „60 Jahre für die soziale Marktwirtschaft“, 2. Mai 2011, S. 14.*
- 19| *Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des 27. Management Symposiums „Globaler Wettbewerb, globale Werte, globale Verantwortung – Neue Herausforderungen für die Politik“, St. Gallen, 28. Mai 1997. Herzog betont in dieser Rede auch: „Auf der anderen Seite findet sich in den Lehren der verschiedenen Kulturen, Philosophien und Religionen der Welt trotz aller Differenzen durchaus auch ein gemeinsamer Bestand von Kernwerten, den wir mobilisieren müssen. [...] Globale Werte, eine globale Ethik können aber zu einer besseren, friedlicheren, gewaltfreien Ordnung der Welt beitragen.“*